

AMTSBLATT

G 1292

für den Regierungsbezirk Düsseldorf

188. Jahrgang

Ausgegeben in Düsseldorf, am 30. März 2006

Nummer 13

**B. Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen
der Bezirksregierung**

Allgemeine Innere Verwaltung

- 142 Zurücknahme einer Vermessungsgenehmigung (Dipl.-Ing. Guido Op de Hipt). S. 103
- 143 Zurücknahme einer Vermessungsgenehmigung (Dipl.-Ing. Georg Hüttner). S. 103

Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

- 144 Bekanntgabe nach § 3 a UVPG über die Feststellung der UVP-Pflicht für ein Vorhaben der Gebrüder Laumans GmbH & Co. KG, Brüggen. S. 104
- 145 Antrag der Firma Wolfgang Oelschläger GmbH & Co. KG, Unter den Eichen 102, 40625 Düsseldorf für ihr Werk in 41379 Brüggen-Bracht, Christenfeld 5 auf Erteilung einer Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG). S. 104
- 146 Öffentliche Bekanntmachung des Genehmigungsbescheides der Solarparc AG für vier Windkraftanlagen im Bereich der Stadt Korschenbroich, Gemarkung Glehn („Windfarm Korschenbroich-Süd“). S. 104

Sozialangelegenheiten

- 147 Erweiterung des Kath. Kirchengemeindeverbandes Mönchengladbach-Heinsberg. S. 105
- 148 Erweiterung des Kath. Kirchengemeindeverbandes Krefeld-Kempfen/Viersen. S. 106

**C. Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen
anderer Behörden und Dienststellen**

- 149 Bekanntmachung zur Jahresrechnung 2004 und zur Entlastung des Verbandsdirektors nach § 96 Abs. 2 GO NW. S. 107
- 150 Regionalverband Ruhr – 11. Verbandsversammlung – 9. Sitzung. S. 107
- 151 Aufgebot für ein Sparkassenbuch (Nr. 322 064 673 5 (1 064 673 5)). S. 108

**B.
Verordnungen,
Verfügungen und Bekanntmachungen
der Bezirksregierung**

Allgemeine Innere Verwaltung

- 142 Zurücknahme einer
Vermessungsgenehmigung**
(Dipl.-Ing. Guido Op de Hipt)

Bezirksregierung
33.2416

Düsseldorf, den 21. März 2006

Die dem Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur

Dipl.-Ing. Guido Op de Hipt
Rheinberger Straße 359
47475 Kamp-Lintforterteilte Vermessungsgenehmigung für den
Vermessungstechniker Rainer Hage-Hülsmann
ist am 26.08.2004 erloschen.An die
Kreise und
kreisfreien Städte
als Katasterbehörden
des Regierungsbezirks

- 143 Zurücknahme einer
Vermessungsgenehmigung**
(Dipl.-Ing. Georg Hüttner)

Bezirksregierung
33.2416

Düsseldorf, den 20. März 2006

Die dem Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur

Dipl.-Ing. Georg Hüttner
Nassauer Allee 84
47533 Kleve

erteilte Vermessungsgenehmigung für den

Dipl.-Ing. (FH) Frank Telaar
ist am 14.09.2005 erloschen.An die
Kreise und
kreisfreien Städte
als Katasterbehörden
des Regierungsbezirks

Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

144 Bekanntgabe nach § 3 a UVPG über die Feststellung der UVP-Pflicht für ein Vorhaben der Gebrüder Laumans GmbH & Co. KG, Brüggen

Bezirksregierung
56.8851.2.10/4833

Düsseldorf, den 23. März 2006

Antrag der Gebrüder Laumans GmbH & Co. KG, Brüggen, auf Erteilung einer Genehmigung nach § 16 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)

Die Gebrüder Laumans GmbH & Co. KG, Stiegstraße 88 in 41379 Brüggen hat mit Datum vom 12.09.2005 einen Antrag auf Erteilung einer Genehmigung gemäß § 16 BImSchG für die wesentliche Änderung der Anlage zum Brennen keramischer Erzeugnisse gestellt.

Antragsgegenstand der Änderung ist dabei die Errichtung einer Überdachung für zwei Tonhalden, die Veränderung der örtlichen Lage der Tonhalden um 30 m nach Osten sowie deren Betrieb auf dem Werksgelände Brüggen-Bracht, Stiegstraße 88, Kreis Viersen, Gemarkung Bracht, Flur 21/22, Flurstücke 2, 3, 4/94, 95, 97, 149.

Gemäß § 3 e Abs. 1 Ziffer 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in Verbindung mit Ziffer 2.6.1 der Anlage 1 zum UVPG und in Verbindung mit § 3 c UVPG ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen, wenn das Vorhaben nach Einschätzung der zuständigen Behörde aufgrund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 2 zum UVPG aufgeführten Kriterien erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann, die nach § 12 UVPG zu berücksichtigen wären.

Im vorliegenden Fall hat die allgemeine Vorprüfung im Einzelfall ergeben, dass erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen durch das beantragte Vorhaben nicht zu erwarten sind.

Gemäß § 3 a Satz 1 UVPG stelle ich daher fest, dass für das beantragte Vorhaben eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nicht besteht.

Die Feststellung ist gemäß § 3 a Satz 3 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Im Auftrag
Schemion

Abl. Reg. Ddf. 2006 S. 104

145 Antrag der Firma Wolfgang Oelschläger GmbH & Co. KG, Unter den Eichen 102, 40625 Düsseldorf für ihr Werk in 41379 Brüggen-Bracht, Christenfeld 5 auf Erteilung einer Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG)

Bezirksregierung
56.8851.3.4/4848

Düsseldorf, den 30. März 2006

Die Firma Wolfgang Oelschläger GmbH & Co. KG, Unter den Eichen 102, 40625 Düsseldorf hat für ihr Werk in 41379 Brüggen-Bracht, Christenfeld 5 mit Datum vom 16.03.2006 einen Antrag auf Erteilung der Genehmigung gemäß § 16 BImSchG für die wesentliche Änderung ihrer Schmelzanlage für Aluminium durch Errichtung und Betrieb von drei Hindelang Tiegelöfen mit je 800 kg Fassungsvermögen, Erhöhung der Schmelzleistung von 48 t pro Tag auf maximal 55 t pro Tag und Änderungen an der vorhandenen Filteranlage gestellt.

Gemäß § 3a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung – UVPG – stelle ich fest, dass für das mit den Antragsunterlagen vom 16.03.2006 dargestellte Vorhaben „wesentliche Änderung der Schmelzanlage für Aluminium“ keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Diese Feststellung ist nicht selbständig anfechtbar.

Im Auftrag
Bloss

Abl. Reg. Ddf. 2006 S. 104

146 Öffentliche Bekanntmachung des Genehmigungsbescheides der Solarparc AG für vier Windkraftanlagen im Bereich der Stadt Korschenbroich, Gemarkung Glehn („Windfarm Korschenbroich-Süd“)

Bezirksregierung
56.8851.1.6/4644

Düsseldorf, den 20. März 2006

Mit Bescheid vom 06.02.2006, Az.: 56.8851.1.6/4644, ist der Solarparc AG (vormals WindWelt AG), die nachstehende Genehmigung erteilt worden:

- Der Firma Solarparc AG, Poppelsdorfer Allee 64, 53115 Bonn wird unbeschadet der Rechte Dritter aufgrund des § 4 BImSchG in Verbindung mit § 1, Anhang Nr. 1.6, Spalte 2 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen vom 14.03.1997 – 4. BImSchV – (BGBl. I S. 504) in der zur Zeit gültigen Fassung die Genehmigung für folgende Maßnahme erteilt:

Errichtung und Betrieb von vier Windkraftanlagen (WKA) in 41352 Korschenbroich, Gemarkung Glehn, Flur 20, Flurstück 6

WKA 1

WKA-Typ: ENERCON E – 70 E4
Nennleistung (kW): 2.000 kW
Name des Herstellers: ENERCON GmbH,
Dreekamp 5,
26605 Aurich

Nabenhöhe: 85 m
Rotordurchmesser: 71 m
Gemarkung: Glehn
Flur: 20
Flurstück: 6
Rechtswert: 2542632
Hochwert: 5668897

WKA 2

WKA-Typ: ENERCON E – 70 E4
 Nennleistung (kW): 2.000 kW
 Name des Herstellers: ENERCON GmbH,
 Dreekamp 5,
 26605 Aurich
 Nabenhöhe: 85 m
 Rotordurchmesser: 71 m
 Gemarkung: Glehn
 Flur: 20
 Flurstück: 6
 Rechtswert: 2542999
 Hochwert: 5668847

WKA 3

WKA-Typ: ENERCON E – 70 E4
 Nennleistung (kW): 2.000 kW
 Name des Herstellers: ENERCON GmbH,
 Dreekamp 5,
 26605 Aurich
 Nabenhöhe: 85 m
 Rotordurchmesser: 71 m
 Gemarkung: Glehn
 Flur: 20
 Flurstück: 6
 Rechtswert: 2542636
 Hochwert: 5669233

WKA 4

WKA-Typ: ENERCON E – 70 E4
 Nennleistung (kW): 2.000 kW
 Name des Herstellers: ENERCON GmbH,
 Dreekamp 5,
 26605 Aurich
 Nabenhöhe: 85 m
 Rotordurchmesser: 71 m
 Gemarkung: Glehn
 Flur: 20
 Flurstück: 6
 Rechtswert: 2543001
 Hochwert: 5669230

2. Sofern sich aus dem Tenor und den folgenden Bestimmungen nichts Abweichendes ergibt, sind die Errichtung bzw. die Änderung der Anlage bzw. Anlagenteile sowie deren Betrieb nur in dem Umfang genehmigt, wie sie in den mit diesem Genehmigungsbescheid verbundenen Zeichnungen und Beschreibungen dargestellt wurden.

Maßgeblich sind die in Anlage 2 dieses Bescheides aufgeführten Antragsunterlagen.

3. Der Genehmigung werden die in der Anlage 1 aufgeführten Nebenbestimmungen und Hinweise beigelegt. Sie sind Bestandteil dieses Genehmigungsbescheides.

Die in der Anlage 3 dieses Genehmigungsbescheides gegebenen Allgemeinen Hinweise sind zu beachten.

Bestandteil des Genehmigungsbescheides sind Nebenbestimmungen und Hinweise sowie die Antragsunterlagen mit Zeichnungen und Erläuterungen.

Am 08.02.2006 ist die Nebenbestimmung 22 des Genehmigungsbescheides aufgrund eines Widerspruchs der Firma Solarparc geändert worden.

Am 16.02.2006 hat die Rechtsanwaltskanzlei Lenz und Johlen namens und im Auftrag der Solarparc AG einen Antrag auf öffentliche Bekanntmachung des Genehmigungsbescheides 56.8851.1.6/4644 vom 06.02.2006 gestellt.

Die Entscheidung über den Antrag auf Genehmigung des o. g. Vorhabens wird hiermit gemäß § 21 a der Neunten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsgesetzes (Verordnung über das Genehmigungsverfahren – 9. BImSchV) vom 29.05.1992 (BGBl. I S. 1001) in der zur Zeit gültigen Fassung in Verbindung mit § 10 Abs. 8 Satz 2 und 3 BImSchG bekannt gemacht.

Der Genehmigungsbescheid und die Antragsunterlagen sowie die Anordnung der sofortigen Vollziehung **liegen in der Zeit vom 31.03.2006 bis zum 13.04.2006 an folgenden Stellen zur Einsicht aus:**

Stadt Korschenbroich, Amt 61 – Stadtplanung/
 Bauordnung –, 1. OG, Hindenburgstraße 58 in
 Korschenbroich

Montag bis Freitag von 08.30 bis 12.00 Uhr
 und zusätzlich Donnerstag von 14.00 bis 18.00 Uhr

Bezirksregierung Düsseldorf, Zimmer 240a, 2. OG,
 Cecilienallee 2, 40474 Düsseldorf

Montag bis Freitag von 09.00 bis 12.00 Uhr und
 von 13.00 bis 16.00 Uhr.

Mit Ablauf des 13.04.2006 gilt der Bescheid auch Dritten (d. h. anderen Personen als Antragstellerin oder Genehmigungsbehörde) gegenüber als zuge stellt.

Rechtsbehelfsbelehrung

Bis zum Ablauf des **17.05.2006** kann gegen den Genehmigungsbescheid der Bezirksregierung Düsseldorf vom 06.02.2006, Az.: 56.8851.1.6/4644, Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der Bezirksregierung Düsseldorf, Cecilienallee 2, 40474 Düsseldorf einzulegen.

Falls die Frist durch das Verschulden einer/eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden sollte, so würde dieses Verschulden Ihnen zugerechnet werden.

Im Auftrag

Warneke

Abl. Reg. Ddf. 2006 S. 104

Sozialangelegenheiten

147

**Erweiterung des
 Kath. Kirchengemeindeverbandes
 Mönchengladbach-Heinsberg**

Bezirksregierung
 48.46.02

Düsseldorf, den 20. März 2006

**Urkunde über die Erweiterung
 des Katholischen Kirchengemeindeverbandes
 Mönchengladbach-Heinsberg**

§ 1

Gemäß § 23 Abs. 1 in Verbindung mit § 22 Abs. 2 des Gesetzes über die Verwaltung des katholischen

Kirchenvermögens vom 24. Juli 1924 wird nach Zustimmung der Kirchenvorstände der beteiligten Kirchengemeinden die Erweiterung des Katholischen Kirchengemeindeverbandes Mönchengladbach-Heinsberg der Regionen Mönchengladbach und Heinsberg zum 15. März 2006 angeordnet.

§ 2

Der Kirchengemeindeverband Mönchengladbach-Heinsberg wird zum 15. März 2006 um folgende Kirchengemeinden erweitert:

aus dem Dekanat Hochneukirch

St. Martinus, Jüchen-Bedburdyck

aus dem Dekanat Mönchengladbach-Mitte

St. Albertus, Mönchengladbach

St. Mariä Himmelfahrt, Mönchengladbach

aus dem Dekanat Mönchengladbach-Nordost

Herz Jesu, Korschenbroich-Herrenshoff

St. Andreas, Korschenbroich

aus dem Dekanat Mönchengladbach-Ost

St. Josef, Mönchengladbach-Hermges

aus dem Dekanat Mönchengladbach-Südwest

St. Helena, Mönchengladbach-Rheindahlen

St. Mariä Heimsuchung, Mönchengladbach-Hehn

aus dem Dekanat Mönchengladbach-West

St. Anna, Mönchengladbach-Windberg

Dekanat Rheydt-Mitte

St. Franziskus, Mönchengladbach-Rheydt

St. Josef, Mönchengladbach-Rheydt

Dekanat Rheydt-Odenkirchen

St. Michael, Mönchengladbach-Odenkirchen

aus dem Dekanat Geilenkirchen

St. Mariä Himmelfahrt, Geilenkirchen

St. Mariä Namen, Geilenkirchen-Gillrath

St. Willibrord, Geilenkirchen-Teveren

aus dem Dekanat Heinsberg-Waldfeucht

St. Josef, Heinsberg-Laffeld

St. Mariä Schmerzhaftige Mutter,

Heinsberg-Unterbruch

aus dem Dekanat Übach-Palenberg

St. Fidelis, Übach-Palenberg-Boscheln

St. Theresia, Übach-Palenberg

aus dem Dekanat Wegberg

St. Rochus, Wegberg-Dalheim-Rödgen

Aachen, den 15. März 2006

† Heinrich Mussinghoff

Bischof von Aachen

Urkunde

Durch Urkunde des Bischofs von Aachen wird der Katholische Kirchengemeindeverband Mönchengladbach-Heinsberg um folgende Kirchengemeinden erweitert: St. Martinus in Jüchen-Bedburdyck, St. Albertus in Mönchengladbach, St. Mariä Himmelfahrt in Mönchengladbach, Herz-Jesu in Korschenbroich-Herrenshoff, St. Andreas in Korschenbroich, St. Josef in Mönchengladbach-Hermges, St. Helena in Mönchengladbach-Rheindahlen, St. Mariä Heimsuchung in Mönchengladbach-Hehn, St. Anna in Mönchengladbach-Windberg,

St. Franziskus in Mönchengladbach-Rheydt, St. Josef in Mönchengladbach-Rheydt, St. Michael in Mönchengladbach-Odenkirchen, St. Mariä Himmelfahrt in Geilenkirchen, St. Mariä Namen in Geilenkirchen-Gillrath, St. Willibrord in Geilenkirchen-Teveren, St. Josef in Heinsberg-Laffeld, St. Mariä Schmerzhaftige Mutter in Heinsberg-Unterbruch, St. Fidelis in Übach-Palenberg-Boscheln, St. Theresia in Übach-Palenberg und St. Rochus in Wegberg-Dalheim-Rödgen. Für den staatlichen Bereich wird aufgrund der Vereinbarung zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und den Diözesen im Land Nordrhein-Westfalen vom 08., 20., 22., 25. Oktober 1960 (GV. NW. 1960, S. 426) die Erweiterung anerkannt.

Düsseldorf, den 16. März 2006

Im Auftrag

Olmer

Abl. Reg. Ddf. 2006 S. 105

148 Erweiterung des Kath. Kirchengemeindeverbandes Krefeld-Kempen/Viersen

Bezirksregierung

48.46.02

Düsseldorf, den 20. März 2006

Urkunde über die Erweiterung des Katholischen Kirchengemeindeverbandes Krefeld-Kempen/Viersen

§ 1

Gemäß § 23 Abs. 1 in Verbindung mit § 22 Abs. 2 des Gesetzes über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens vom 24.07.1924 wird nach Zustimmung der Kirchenvorstände der beteiligten Kirchengemeinden die Erweiterung des Katholischen Kirchengemeindeverbandes Krefeld-Kempen/Viersen in den Regionen Krefeld und Kempen-Viersen zum 15. März 2006 angeordnet.

§ 2

Der Kirchengemeindeverband Krefeld-Kempen/Viersen wird zum 15. März 2006 um folgende Kirchengemeinden erweitert:

aus dem Dekanat Krefeld-Ost

St. Paul, Krefeld-Uerdingen

aus dem Dekanat Krefeld-West

St. Michael, Krefeld-Lindental

St. Norbertus, Krefeld

aus dem Dekanat Meerbusch

St. Franziskus, Meerbusch-Strümp

aus dem Dekanat Kempen

St. Mariä Geburt, Kempen

aus dem Dekanat Nettetal-Grefrath

St. Anna, Nettetal

St. Clemens, Kaldenkirchen

St. Heinrich, Grefrath-Mülhausen

St. Josef, Grefrath

St. Lambertus, Nettetal-Breyell

St. Lambertus, Nettetal-Leuth

St. Peter, Nettetal-Hinsbeck

St. Peter und Paul, Nettetal-Leuterheide
St. Sebastian, Nettetal-Lobberich

Aachen, den 15. März 2006

† Heinrich Mussinghoff
Bischof von Aachen

Urkunde

Durch Urkunde des Bischofs von Aachen wird der Katholische Kirchengemeindeverband Krefeld-Kempfen/Viersen um folgende Kirchengemeinden erweitert:

St. Paul in Krefeld-Uerdingen, St. Michael in Krefeld-Lindental, St. Norbertus in Krefeld, St. Franziskus in Meerbusch-Strümpf, St. Mariä Geburt in Kempfen, St. Anna in Nettetal, St. Clemens in Kaldenkirchen, St. Heinrich in Grefrath-Mülhausen, St. Josef in Grefrath, St. Lambertus in Nettetal-Breyell, St. Lambertus in Nettetal-Leuth, St. Peter in Nettetal-Hinsbeck, St. Peter und Paul in Nettetal-Leuterheide, St. Sebastian in Nettetal-Lobberich.

Für den staatlichen Bereich wird aufgrund der Vereinbarung zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und den Diözesen im Land Nordrhein-Westfalen vom 08., 20., 22., 25. Oktober 1960 (GV. NW. 1960, S. 426) die Erweiterung anerkannt.

Düsseldorf, den 16. März 2006

Im Auftrag
Olmer

Abl. Reg. Ddf. 2006 S. 106

C. Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen

149 Bekanntmachung zur Jahresrechnung 2004 und zur Entlastung des Verbandsdirektors nach § 96 Abs. 2 GO NW

Regionalverband Ruhr
Referat 6/6-1

Essen, den 7. März 2006

1. Ich bestätige, dass der in der anliegenden Bekanntmachungsanordnung – Pkt. 2 – wiedergegebene Wortlaut mit dem von der Verbandsversammlung am 28. November 2005 gefassten Entlastungsbeschluss textlich übereinstimmt.

Ich bestätige ferner, dass nach den Vorschriften der §§ 1 und 2 der Bekanntmachungsverordnung verfahren worden ist.

Anliegende Bekanntmachungsanordnung wird dem Vorsitzenden der Verbandsversammlung zur Unterzeichnung vorgelegt.

Heinz-Dieter Klink
Der Regionaldirektor

2. Bekanntmachungsanordnung des Vorsitzenden der Verbandsversammlung

Bekanntmachung des Beschlusses der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr über die Jahresrechnung 2004 und die Entlastung des Verbandsdirektors, Dr. Gerd Willamowski, für seine Haushaltsführung im Zeitraum vom 01.01. bis 30.09.2004 sowie der Beauftragten, Christa Thoben, für den Aufbau des Regionalverbandes Ruhr für den Zeitraum vom 01.10. bis 31.12.2004 nach § 96 Abs. 2 GO NW

Die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr hat in ihrer Sitzung am 28. November 2005 folgenden Beschluss gefasst:

„Gemäß § 8 Abs. 1 Nr. 6 und § 27 Abs. 2 des Gesetzes über den KVR bzw. § 9 Nr. 7 des Gesetzes über den RVR in Verbindung mit § 94 der Gemeindeordnung beschließt die Verbandsversammlung die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2004 und erteilt dem ehemaligen Verbandsdirektor Dr. Willamowski für seine Haushaltsführung im Zeitraum 01.01. – 30.09.2004 sowie der Beauftragten für den Aufbau des Regionalverbandes Ruhr (Frau Thoben) für den Zeitraum 01.10. – 31.12.2004 vorbehaltlos Entlastung.“

Die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2004 sowie der Rechenschaftsbericht zur Jahresrechnung und der öffentliche Teil des Schlussberichtes über die Prüfung der Jahresrechnung liegen zur Einsichtnahme ab der 13. Kalenderwoche werktags

montags bis donnerstags
von 07.30 Uhr bis 16.15 Uhr,

freitags von 07.30 Uhr bis 14.45 Uhr

im Raum 26 des Dienstgebäudes in Essen, Gutenbergstraße 47 öffentlich aus.

Vorsitzender der
Verbandsversammlung
Wolfgang Kerak

Abl. Reg. Ddf. 2006 S. 107

150 Regionalverband Ruhr – 11. Verbandsversammlung – 9. Sitzung

Die 11. Verbandsversammlung tritt zu ihrer 9. Sitzung am

**Montag, 03. April 2006 – 10.00 Uhr –
im Plenarsaal (Robert-Schmidt-Saal)
des Dienstgebäudes Kronprinzenstr. 35,
45128 Essen**

zusammen.

Tagesordnung

Nichtöffentlicher Teil

1. Angelegenheiten AGR
2. Anfragen und Mitteilungen

Öffentlicher Teil

3. Änderung der Rechnungsprüfungsordnung des RVR
4. Einbringung Haushalt 2006

5. Stellungnahme des RVR zur integrierten Gesamtverkehrsplanung des Landes NRW (IGVP)
 - Änderungsantrag der SPD-Fraktion und Bündnis 90/ Die Grünen vom 10.03.06
6. Mündlicher Bericht
 - Emscher Landschaftspark, Route der Industriekultur und Projekt Ruhr
7. Antrag von Die Linke.PDS-Fraktion vom 06.02.2006
Position des RVR zur geplanten Verwaltungsstrukturreform
8. Antrag der SPD-Fraktion vom 10.03.2006
Regionale Ausbildungsoffensive
9. Anfragen und Mitteilungen

Essen, den 16. März 2006

Wolfgang Kerak
Vorsitzender der
Verbandsversammlung

Abl. Reg. Ddf. 2006 S. 107

151 **Aufgebot für ein Sparkassenbuch**

(Nr. 322 064 673 5 (1 064 673 5))

Es wird das Aufgebot für das Sparkassenbuch Nr. 322 064 673 5 (1 064 673 5), beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens bis zum 20.06.2006 seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen. Widrigenfalls erfolgt die Kraftloserklärung der Urkunde.

Solingen, den 20. März 2006

Stadt-Sparkasse Solingen
Vorstand

Abl. Reg. Ddf. 2006 S. 108

NRW UMWELTSCHUTZ
Das
Grüne
Telefon:

**02 11/
 475 44 44**



Eine Information der Landesregierung

Veröffentlichungsersuche für das Amtsblatt und den Öffentlichen Anzeiger – Beilage zum Amtsblatt – sind nur an die Bezirksregierung Düsseldorf – Amtsblattstelle – Cecilienallee 2, 40474 Düsseldorf, zu richten.

Das Amtsblatt mit dem Öffentlichen Anzeiger erscheint wöchentlich.

Redaktionsschluß: Freitag, 10.00 Uhr

Laufender Bezug nur im Abonnement. Abonnementsbestellungen und -abbestellungen können für den folgenden Abonnementszeitraum – 1. 1. bis 30. 6. und 1. 7. bis 31. 12. – nur berücksichtigt werden, wenn sie spätestens am 30. November bzw. 31. Mai der ABO-Verwaltung von A. Bagel, Grafenberger Allee 82, 40237 Düsseldorf,

Fax (02 11) 96 82/229, Telefon (02 11) 9 68 22 41, vorliegen.

Bei jedem Schriftwechsel die auf dem Adressenetikett in der Mitte obenstehende sechsstelligen Kundennummer angeben, bei Adressenänderung das Adressenetikett mit richtiger Adresse an die ABO-Verwaltung von A. Bagel zurücksenden.

Bezugspreis: Der Bezugspreis beträgt halbjährlich 12,- Euro und wird im Namen und für Rechnung der Bezirksregierung von A. Bagel im voraus erhoben.

Einrückungsgebühren für die 2spaltige Zeile oder deren Raum 0,92 Euro.

Einzelpreis dieser Ausgabe 1,60 Euro zzgl. Versandkosten.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelstücke werden durch A. Bagel, Grafenberger Allee 82, 40237 Düsseldorf,

Fax (02 11) 96 82/2 29, Telefon (02 11) 9 68 22 41, geliefert. Von Vorabsendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur auf Grund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung.

Herausgeber: Bezirksregierung Düsseldorf, Cecilienallee 2, 40474 Düsseldorf

Internet: www.bezreg-duesseldorf.nrw.de

Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel, Grafenberger Allee 82, 40237 Düsseldorf

Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach